
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
14.06.2022**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:04 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales, Herr Puttkammer, eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses wie folgt fest:

Beschlussfähig mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Einwände oder Änderungs- und Ergänzungsanträge vorgebracht. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen der Tagesordnung zu.

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.05.2022**

Herr Puttkammer bringt die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales vom 03.05.2022 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 4/0/3

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass es keine Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung des Gremiums gab.

5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Bildungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau 2021 Vorlage: IV/025/2022/V

Herr Puttkammer stellt fest, dass es zu der Informationsvorlage derzeit keine weiteren Fragen gibt. Die Ausschussmitglieder haben die Möglichkeit, Fragen schriftlich zu formulieren, die in einer der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Frau Stadträtin Grabner tritt der Sitzung ab 16.37 Uhr bei. Somit liegt eine Beschlussfähigkeit mit 8 Ausschussmitgliedern vor.

6.2 Informationen zum Pandemiegeschehen

Frau Paesold informiert, dass eine Präsentation vorliegt, die der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt wird.

6.3 Informationen zur Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen in der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Paesold informiert anhand einer Präsentation zum Thema Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen in der Stadt Dessau-Roßlau. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

Frau Stadträtin Perl bedankt sich für die Ausführung und fragt an, (Frage 1) ob sich die ukrainischen Flüchtlinge mit dem Rechtskreiswechsel selber auf dem Wohnungsmarkt bewegen können und (Frage 2) bittet um Erstellung einer grafischen Darstellung für den nächsten Sozialausschuss aus der hervorgeht, welche Schulen derzeit für ukrainischen Kinder genutzt werden.

Herr Puttkammer erläutert zur Frage 2, dass die meisten Schüler in den 3 Einführungsklassen untergebracht sind.

Frau Paesold teilt ebenfalls zur Frage 2 Folgendes mit. Wichtig ist wo Personen untergebracht werden können. Es wird darauf geachtet, dass in allen Stadtgebieten die Anmietung von Wohnungen erfolgt.

Zu Frage 1 teilt **Frau Paesold mit**, dass ständig mit den Wohnungsunternehmen kommuniziert wird. Die Wohnungsunternehmen haben einen großen Anteil an Wohnungen zur Verfügung gestellt und ausgestattet. Große Einigkeit liegt vor, dass finanziell angemessen, unter Verzicht auf Kautions-/Genossenschaftsanteile, unter Beachtung auf Höchstbeträge der Unterkunft Wohnungen für die ukrainischen Flücht-

linge zur Verfügung gestellt werden. Es soll kein Umzugstourismus erzeugt werden. Die Personen, die bereits Wohnraum erhalten haben, wurden damit auch angemessen versorgt. Berücksichtigt werden Änderungen wie z. Bsp. Familienzuwachs.

Derzeit haben die Personen eine hohe Priorität, die noch nicht mit angemessenen Wohnraum versorgt worden sind. Die Wohnungsunternehmen bieten ihren Wohnraum in der Regel mit Kautions- oder Genossenschaftsanteilen an. Im Zusammenhang mit dem festgelegten Aufenthalt (bis 2024), wird es kaum eine Möglichkeit geben, eine ordentliche Aufrechnung eines Darlehns vollziehen zu können.

Wichtig ist auch die Ausstattung der Wohnungen. Nach dem jetzigen Thema würden die einmaligen Beihilfen im Umfang von 1300,00 EUR zur Verfügung stehen. Im September 2022 soll eine neue Richtlinie für die einmaligen Beihilfen vorgelegt werden.

Herr Stadtrat Focke richtet eine Frage an Herrn Bleek. Für die Ankunftsgruppen soll es ein Lehrerteam geben, was noch nicht komplett ist.

Herr Bleek beantwortet die Frage und teilt mit, dass vom Land geplant ist, jede Ankunftsgruppe mit 2 ukrainischen Lehrern zu versorgen. Dazu soll perspektivisch ein Deutschlehrer kommen. Es haben sich weniger ukrainische Lehrer gemeldet, so dass für die Unterrichtsklassen zu wenig Lehrer zur Verfügung stehen. Die Stellen für Deutschlehrer sind vom Land ausgeschrieben und das Verfahren läuft noch.

Herr Focke berichtet über eine ukrainische Frau, mit der er bereits mehrmals Kontakt aufgenommen hat. Sie spricht fließend Deutsch und möchte gern Informationen, an wen sie sich wenden kann, wenn sie hier als Lehrerin tätig werden möchte.

Herr Bleek informiert, dass sie sich beim Landesschulamt bewerben muss. Das Landesschulamt würde auch sofort den Kontakt aufnehmen.

6.4 Informationen zu Zuschüssen für die Haushalte mit geringen Einkommen und Sachstand zu Sperrungen von Medien der DVV im Stadtgebiet

Herr Sauer (Mitarbeiter DVV im Qualitäts- und Beschwerdemanagement) informiert auf Anfrage von Stadträtin Perl über Zuschüsse für Haushalte mit geringeren Einkommen und zum Sachstand zu Sperrungen von Medien anhand einer Präsentation. (Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt)

Frau Perl bedankt sich für die Präsentation und bringt noch mal zum Ausdruck, dass sich viele Bürger auf Grund der steigenden Energiekosten Sorgen machen. An wen kann sich der Mieter wenden, wenn er in einem Haus mit viel Leerstand wohnt, um seine Heizkosten kürzen zu können?

Der Geschäftsführer der DVV, Herr Höll, beantwortet die Frage und teilt mit, dass hier eine kombinierte Lage vorliegt und aus der Sicht der DWG ist die Sachlage kompliziert, wenn in einem Gebäude mehrere Wohnungen nicht belegt sind. Dieses Thema wird auch von der DWG intensiv angegangen. Mit der Änderung der AVB

Fernwärme gibt es Anspruch der Mieter auf Information. Die verbleibenden Mieter zu einem Umzug zu bewegen, kann sehr schwierig sein.

Die DVV steht immer gern für Gespräche zur Verfügung. Sind aber für den Leerstand nicht verantwortlich. Das muss gemeinsam in der „Kommunalen Familie“ besprochen werden. Hierfür setzt man sich wieder regelmäßig zusammen. Den betroffenen Familien wird Unterstützung angeboten (z. Bsp. Hilfe bei Umzügen). Es werden auch Beiträge zu den Kosten der Unterkunft zur Verfügung gestellt. Viele Fälle müssen im Einzelfall gelöst werden. Ein pauschales Recht, dass der Mieter nur 1,24 EUR für die Nebenkosten bezahlt, ist nicht vorhanden.

Frau Paesold erklärt, dass die Kosten der Unterkunft die Nettokaltmiete und die Betriebskosten beinhalten. Dafür gibt es das „Schlüssige Konzept“. Im Zusammenhang mit dem Mietspiegel wird auch ein neues „Schlüssiges Konzept“ aufgestellt. In Bezug auf die Heizkosten, wird auch im Einvernehmen mit dem Stadtrat, ein bundesweiter Mietspiegel angewandt. Die Stadt Dessau-Roßlau erhebt kein eigenes Konzept bzw. Abrechnungskonzept. Eine Abweichung von dem bundesweiten Heizkostenspiegel war bisher auch nicht beabsichtigt. Sollte eine Abweichung erforderlich sein, benötigen wir eine entsprechende Information. Derzeit wird für die Ausschreibung der Mietspiegel und das Schlüssige Konzept vorbereitet.

Frau Grabner schlägt vor, den Betroffenen, denen eine Sperrung droht, mit dem Mahnschreiben auch ein Informationsblatt für Hilfsangebote übermittelt wird.

Herr Puttkammer bringt seine Bedenken zum Ausdruck, da er aus der Präsentation entnommen hat, dass auch in Haushalten das Wasser abgestellt wurde.

Herr Höll informiert weiter und teilt dazu mit, dass keine systemseitige Auswertung vorliegt aus der hervorgeht, wie lange in einem Haushalt das Wasser abgestellt ist. Jeder Fall muss manuell angefasst und geprüft werden. Die Infratec (Tochterunternehmen der DVV) fährt zu den Mietern/Bürger und kassiert vor Ort das Geld. Die Termine an denen die Infratec vor Ort ist, sind den Bürgern auch bekannt. Es gibt aber auch Einzelfälle, bei denen das Wasser tatsächlich abgestellt werden muss. Und es gibt aber auch Wohnungen, bei denen bewusst von Seiten des Mieters die Abstellung des Wassers gewünscht wird (längerer Urlaub usw.).

Frau Perl bringt zum Ausdruck, dass auch der Datenschutz und die Verfahrensabläufe (z. Bsp. Mahnverfahren) ein Problem darstellen. Sie spricht das „Saarbrücker Model“ an, welches u.a. die Aufhebung des Datenschutzes und die Informationspflicht beinhaltet.

Herr Höll informiert, dass in den letzten Jahren auch Ratenzahlungsvereinbarungen mit kleineren Beträgen vorlagen. Damit soll die Rückzahlungslast überschaubar bleiben.

Frau Paesold schlägt vor, dass das „Saarbrücker Model“ im nächsten Ausschuss angesprochen und beraten werden sollte. Auch der Vorschlag von Frau Grabner, ein entsprechendes mehrsprachiges Informationsblatt vorzulegen, kann im nächsten Ausschuss kommuniziert werden.

7 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herrn Puttkammer liegt eine Anfrage von der Stadträtin Frau Ehlert zum Thema Frühstücksversorgung für die Schüler der 5. und 6. Klassen vor. Da immer mehr Schüler ohne Frühstück in die Schule kommen. Herr Puttkammer schlägt eine Diskussion vor und möchte dazu eine Zusammenfassung in die nächste Sitzung geben. Aus der Sicht als Lehrer hat Herr Puttkammer seine Bedenken, da es sehr schwer ist eine Frühstücksversorgung zu organisieren und eine zusätzliche Struktur aufzubauen. Des Weiteren wird die Verantwortung des Elternhauses zunehmend vom Privaten in das Staatliche übergeben. Es stellt sich weiter die Frage, wer die Kosten übernimmt. Im Haushalt ist es nicht eingeplant und eine Befürwortung außerhalb des Haushaltes ist derzeit nicht durchführbar.

Frau Grabner hält es für wichtig, wenn dafür gesorgt wird, dass es an den Schulen Trinkbrunnen gibt.

Frau Perl teilt mit, dass auf Grund der derzeitigen Inflation viele Leute sparen müssen und oftmals mit der Essensversorgung begonnen wird. Wie hier die weitere Entwicklung ist, muss beobachtet werden.

Frau Paesold informiert dazu, da der Auftrag an das Sozialamt gegangen ist und eine alleinige Lösung durch das Sozialamt schwierig ist. Wir können aufzeigen was die Rahmenbedingungen sind, damit Voraussetzungen finanzieller und leistungsrechtlicher Art geschaffen werden können. Für eine Organisation der Frühstücksversorgung müssen mehrere Ämter mit einbezogen werden. Eine weitere Behandlung der Anfrage ist erst im September 2022 möglich.

Herr Stadtrat Focke stimmt den Ausführungen von Herrn Puttkammer zu. Die Eltern müssen weiter sensibilisiert werden und auf die Essenversorgung ihrer Kinder achten. Das könnte in Form von Elternsprechtagen erfolgen.

Herr Puttkammer antwortet aus der Sicht als Lehrer und teilt mit, dass in den Elternabenden meistens die Eltern fehlen, bei denen die Probleme bestehen.

Herr Stadtrat Lieschke richtet eine Anfrage an Frau Paesold zum Stand der Bildungskarte.

Frau Paesold beantwortet die Frage und teilt mit, dass am 28.06.2022 ein Setup-Workshop mit den Anbietern stattfindet. Dort werden verschiedene Parameter abgeklärt wie z. Bsp. das Layout der Karte und die Prozesse des Abrechnungsverfahrens. Im Juli/August 2022 soll mit einem Test gestartet werden. Parallel dazu finden mit

den Anbietern (Essenanbieter/kulturelle-soziale Teilhabe) Gespräche statt. Wenn die Tests gut verlaufen, kann im September mit der Bildungskarte gestartet werden.

Frau Stadträtin Perl fragt an, wie die Verfahrensweise ist, wenn die Vermieter aufgrund der steigenden Energiekosten die Nebenkosten erhöhen und die Kosten der Unterkunft dadurch steigen?

Frau Paesold informiert dazu, dass derzeit noch die Regelungen durch Corona gelten. Die Angemessenheitsprüfung ist bis zum 31.12.2022 ausgesetzt. Das bedeutet, dass alle Abrechnungen, die jetzt kommen, werden erstmal geprüft. Genauere Informationen wird es im nächsten Ausschuss geben.

Herr Stadtrat Focke stellt eine Frage zur sozialen Förderrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau. Ist es möglich einen Einblick zu bekommen, welche Maßnahmen gefördert werden. Herr Focke schlägt eine höhere Transparenz für alle Beteiligten vor.

Frau Paesold verweist auf die Informationsvorlage, die im letzten Jahr hier im Ausschuss vorgestellt wurde. Sie beinhaltete auch alle Anträge der Träger. Nach der Neufassung der Förderrichtlinie wird diese ebenfalls wieder vorgestellt. Ziel soll es auch sein, dass ein Budget der Wohlfahrtspflege erreicht wird, mit dem ein Betrag im Haushalt festgelegt wird und der Fachausschuss über die Höhe der Zuwendungen der Träger und ihre Konzepte entscheidet.

Herr Puttkammer schlägt vor die Budgeterhöhung für den Haushalt weiter zu geben.

Herr Puttkammer hat eine Information zum Schulentwicklungsplan im Zusammenhang mit der Bestellung einer neuen Leitungsstelle. Das Schulverwaltungsamt teilt mit, dass die Sicherung des Standortes nicht gegeben sei. Das Landesverwaltungsamt liest einen Passus anders als er geschrieben wurden. Hier muss nochmal genau geprüft werden. Das Rechtsamt und der Oberbürgermeister sind informiert. Wir haben zwei Standorte als zwei Schulen verstanden und das Landesschulamt sieht zwei Standorte nicht als zwei Schulen an. Hieraus können sich langfristig erhebliche Probleme für staatlichen Schulen ergeben.

Herr Bleek äußert dazu, dass die Schulentwicklungsplanung genehmigt wurde mit der Auflage in drei Punkten nachzusteuern. Für die Gymnasien wurde die Planung bis Ende 2023 genehmigt. Danach müssen wieder neue Zahlen vorgelegt werden. Ende des Monats werden neue Erhebungen durchgeführt mit den aktuellen Schülerzahlen. Danach wird sich mit dem Landesschulamt ins Benehmen gesetzt, ob es eine Ausnahmeregelung gibt.

Frau Stadträtin Grabner fragt nach, ob dann unsere Gymnasien immer Infrage gestellt werden, weil die Schülerzahl zu gering ist?

Herr Bleek teilt mit, dass es darauf hinauslaufen könnte. Die weitere Entwicklung muss beobachtet werden.

Frau Stadträtin Grabner äußert ihren Unmut zur Vorgehensweise des Landeschulamtes. Sie befürchtet, dass durch Schließung oder Zusammenlegung von Schulen die Klassen zu groß werden und die Qualität übergeht in eine Quantität.

Herr Bleek informiert weiter zum Schulentwicklungsplanung und teilt mit, dass die Grundschule Rodleben aufgefordert wurde, die Prognosen bis 2024 neu zu erstellen. Eine weitere Aufforderung betrifft das Voranbringen der Regenbogenschule. Die 1. Beratung fand am 14.06.2022 mit dem Planungsbüro statt. Der Planer möchte bis November 2022 ein Ergebnis vorzustellen, um die Standortwahl abschließen zu können.

Herr Puttkammer fragt nach, ob es zur Digitalisierung noch Informationen vorliegen.

Herr Bleek informiert dazu, dass derzeit der Digitalpakt umgesetzt wird. Durch die Kostensteigerung aus dem Baubereich, gab es eine Verzögerung. Es wurde ein Mehrbedarf von 3 Mio Eur berechnet. Das Gesamtpaket hatte einen Umfang von 4,6 Mio Eur. Es wurde eine Beschlussvorlage in Bezug auf die Kostensteigerung erarbeitet, die dem Oberbürgermeister, Herr Dr. Reck, am 14.06.2022 in der Dienstberatung vorgelegt wurde.

Frau Paesold erklärt dazu, dass diese Beschlussvorlage eine strenge Zeitschiene hat. Daher soll die Beschlussvorlage in einem Umlaufverfahren den Ausschussmitgliedern und anderen Ausschüssen zur Kenntnis gegeben werden und dann in den Stadtrat am 12.07.2022 gehen.

Im Ausschuss am 03.05.2022 sprach **Herr Puttkammer** eine Regionalstudie an, zu der die Ausschussmitglieder schriftlich Fragen stellen konnten. Derzeit sind keine weiteren Fragen bei der Verwaltung eingegangen.

Herr Focke bedankt sich für den Hinweis und hätte gern mehr Informationen zum Thema Schulsozialarbeit.

Herr Puttkammer schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder innerhalb der nächsten 3 Wochen die Möglichkeit haben, Fragen schriftlich an die Verwaltung zu stellen. Sollten keine Fragen eingehen besteht auch kein Bedarf.

8 Beschlussfassungen

8.1 Projekt Chaponschule Vorlage: FV/019/2022/Linke

Abstimmungsergebnis: 0/7/1

11 Schließung der Sitzung

Herr Puttkammer beendet die Sitzung des Ausschusses um 18.04 Uhr.

Dessau-Roßlau, 05.09.22

Michael Puttkammer
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit, Bildung und
Soziales

Schriftführer